

Volksstimme

Sozialdemokratisches Organ für Magdeburg und Umgegend.

Die Volkstimme erscheint täglich abends mit Ausnahme der Sonn- und Festtage mit dem Datum des folgenden Tages. — Verantwortlicher Redakteur (mit Ausnahme der Beilage Die Neue Welt) August Wille, Magdeburg, Ring von Bernhard Harboun, Magdeburg-Neustadt. Druck von Franz Betsche, Magdeburg. Geschäftsstelle: Dretweg 127. Redaktion: Dretweg 127 (Eingang Schrotbockstraße). Fernsprech-Anschluss Nr. 1567.

Pränumerando jährlicher Abonnementspreis: Vierteljährlich (inkl. Frangobahn) 2 Mk. 25 Pf., monatlich 80 Pf. Der Preis für den Auslandsende 1 Exemplar 1.70 Mk., 2 Exemplare 2.90 Mk. In der Expedition und der Abgabestelle vierteljährlich 2 Mk., monatlich 70 Pf. Bei den Postanstalten 2.50 Mk. Einzelne Nummern (einschl. der Anzeigenbeilage, sowie der Sonntagsbeilage Die Neue Welt) 10 Pf. Anfertigungsgeld für die fünfzehnjährige Mitgliedschaft 15 Pf. Voll-Zeitungsbeitrag Nr. 7589

Nr. 110.

Magdeburg, Donnerstag, den 12. Mai 1898.

9. Jahrgang.

Die heutige Nummer umfasst 8 Seiten.

Nieder mit dem Junkertum.

Das agrarische Junkertum arbeitet mit Zähnen und Nägeln an der Vereitelung der Handelsvertragspolitik — ihre Feindschaft gegen dieselbe ist eine offenkundige. Wenn die Junker auch gegenwärtig die Krallen eingezogen haben und etwas vorsichtiger auftreten, so geschieht dies nur zu dem Zweck die „nationalen Parteien“ zusammenzuhalten, damit sie um so leichter in die agrarische Mausefalle schlüpfen können. Sihen sie erst fest, dann werden die Junker die Genasführten schon zwingen ihrem Willen unterthan zu sein. Graf Kanitz hielt bekanntlich die Frage, ob die Handelsverträge verlängert werden sollen, für längst erledigt. Nach seiner Meinung hätte das deutsche Volk in seiner übergroßen Mehrheit sein Urteil über die Handelsverträge längst gesprochen. Es kommt dem edlen Grafen auch gar nicht darauf an, ob durch die Aufhebung der Handelsverträge mit anderen Staaten Verwickelungen entstehen — wörtlich sagte dieser agrarische Führer, der, dem Himmel sei's geklagt, unter gestirnten Strohdächern kampieren muß: „Wenn die Kündigungen der Verträge zu Verwickelungen führen würden, so würde ich das als ein Unglück nicht beklagen — deshalb fort mit der Zwangsjacke der Handelsverträge.“

Den agrarischen Schnapphähnen kommt es also gar nicht auf Verwickelungen mit anderen Staaten an, wenn sie nur ihren Willen durchsetzen und ihre Profite einheimen können. Und in das gleiche Horn blasen auch die mit dem Junkertum befreundeten Nationalliberalen und Antisemiten. Welche sonderbare Logik! Auf der einen Seite werden Millionen über Millionen für Panzer bewilligt, welche die Handelsmarine schützen und überseeische Verbindungen stützen sollen und auf der anderen Seite wird nach Maßnahmen gefahren, die den Handel auf das empfindlichste lähmen und ihn in seiner Entwicklung hemmen.

Daß der Handel sich so rapid entwickeln konnte, ist der Tätigkeit und Leistungsfähigkeit der Industrie (obwohl auf Kosten der Arbeiter und Mittelschichten) und der Handelsvertragspolitik zuzuschreiben. Den Beweis hierfür erbringt die Frankfurter Zeitung aus der Statistik über die Entwicklung von Industrie und Landwirtschaft. Als Hauptsache springt hier die starke Zunahme der Bevölkerung in die Augen. Bei der Zählung vom 1. Dezember 1880 waren im deutschen Reiche 45 230 000 Einwohner vorhanden, zehn Jahre später (am 1. Dezember 1890) bereits 49 428 000 und nach abermals fünf Jahren (1895) 52 246 000. Die Zunahme stellt sich also in den 15 Jahren auf 7 012 010 Seelen oder im Jahre auf 467 520. Natürlich ist der Bevölkerungszuwachs in den letzten Jahren dieser Periode stärker als in den ersten; er beträgt von 1890 bis 1895 2 818 000 oder für jedes Jahr 563 000. Man darf annehmen, daß die deutsche Bevölkerung gegenwärtig im Jahre um 600 bis 700 000 Seelen zunimmt. Dieser Zuwachs ist verhältnismäßig enorm; er strömt natürlich in das Erwerbsleben hinein, er will beschäftigt, gekleidet, ernährt und beherbergt sein. Wer leistet ihm diesen notwendigen Dienst?

Hierüber giebt die Berufszählung von 1895 klare Antwort, verglichen mit den Resultaten jener von 1885. In dieser dreizehnjährigen Periode betrug der Zuwachs an Menschen 6 548 171 oder für das Jahr im Durchschnitt 503 705. In der Landwirtschaft, zu der hier auch die Fischerei und Gärtnerei (selbstverständlich auch Tierzucht und Forstwirtschaft) gerechnet sind, ist die Personenzahl in dieser Periode jedoch gesunken und zwar von 19 225 455 auf 18 501 046. Das bedeutet an sich keinen Rückgang der Landwirtschaft, da die Zahl der Erwerbstätigen, die im Hauptberuf Landwirtschaft betreiben, zugleich etwas zugenommen hat und zwar von 8 236 496 auf 8 292 692; zurückgegangen ist nur die Zahl der Dienenden und Angehörigen. Jedenfalls hat aber die Statistik festgestellt, daß die Landwirtschaft absolut außer Stande war, den Bevölkerungszuwachs auch nur zum Teil aufzunehmen — er war gezwungen, in andere Berufe einzuströmen.

Auch darüber giebt die Berufszählung Auskunft, wo diese Volksmengen geblieben sind: in der Industrie stieg die Gesamtzahl von 1882 bis 1895 von 16 058 080 auf 20 253 241, im Handel und Verkehr von 4 351 080 auf 5 966 845. Es haben also von dem Bevölkerungszuwachs 4 195 161 Seelen durch die Industrie und 1 485 765 durch Handel und im Verkehr Unterhalt gefunden. Bählt man nur die Zunahme an Erwerbstätigen, so verteilt sich der Zuwachs von 3 927 197 wie folgt: Landwirtschaft 56 196, Industrie 1 884 775, Handel und Verkehr 768 199. Der Ueberjchuss entfällt auf öffentlichen oder häuslichen Dienst und Berufslose. Also auch nach der Gruppe der Erwerbstätigen stehen Industrie und Handel

weit vor der Landwirtschaft, es kommt aber nicht auf diese Gruppe an, sondern die Frage geht dahin: wer den Bevölkerungsüberschuss ernährt? Und auf diese Frage lautet die Antwort im Lichte der Statistik: nicht die Landwirtschaft, sondern die Industrie und der Handel. Auch hierin kann man erkennen, daß Deutschland längst aufgehört hat, ein Agrarstaat zu sein.

Das sind Thatsachen und Zahlen, an denen kein Politiker achlos vorübergehen kann, die auch für den Wahlkampf eine unbedingte Beachtung verlangen. Unsere Ausfuhr hat sich unter der Wirkung der Handelsverträge glänzend entwickelt; sie betrug im letzten Jahre 3808 Millionen, die Einfuhr 4832 Millionen. Man stelle sich nur einen Augenblick ernsthaft vor, was es bedeuten würde, wenn es den Agrariern gelänge, durch Vereitelung oder Verschlechterung der Handels- und durch Kündigung sämtlicher Meistbegünstigungsverträge einen mehr oder minder erheblichen Teil unserer Ausfuhr zu zerstören! Eine finanzielle Krise, die Schließung von Fabriken, die Entlassung von Arbeitern und Angestellten, schwerer Druck auf die Löhne ließen sich nicht vermeiden, daneben aber würde die abjaktlos gemachte Ausfuhrindustrie durch den Zwang der Verhältnisse auf den „inneren Markt“ verwiesen, es würde zwischen ihr und den alten Inhabern dieses Marktes ein Kampf auf Leben und Tod entbrennen, ein so wilder Konkurrenzkampf, wie er noch nicht da war.

Es steht also bei dem uns bevorstehenden Wahlkampfe viel auf dem Spiele. Die Pläne des agrarischen Junkertums zu bekämpfen muß also oberste Aufgabe der arbeitenden Klasse sein.

Politische Tagesrundschau.

Deutschland.

Die Zerstörung der Getreidebörse.

Daß die Zerstörung der Getreidebörse nicht bloß die Kaufleute und die Landwirte, sondern das ganze Volk angeht, fängt in der gegenwärtigen Feuerung an, allmählich auch in den weitesten Kreisen begriffen zu werden. Insbesondere wird in der gegenwärtigen kritischen Zeit der Einfluss auf die Arbeiterwelt klar. Die neueste Nummer der Berliner Monatschrift: Der Arbeitsmarkt hebt in einer Besprechung dieser Verhältnisse hervor, daß die preissteigernde Wirkung des Krieges in eine Zeit fiel, in der die Getreidepreise ohnedies schon im Anziehen begriffen waren, und fährt sodann fort: „Die allerbedeutendste Verschärfung aber erhielt die Situation dadurch, daß gerade in dieser kritischen Zeit dem deutschen Getreidehandel seine Organisation genommen war. ... Auf die ersten Anzeichen eines Getreidemangels hin haben die Börsen von England, Frankreich, Oesterreich-Ungarn seit Ende des Winters nach und nach die Preise heraufgesetzt, auf die Einfuhr anregend gewirkt und ihre Länder allmählich wenigstens einigermaßen mit Brotsucht versorgt, während in Deutschland diese vorbereitende Tätigkeit einer Getreidebörse fehlte und die Preise jetzt plötzlich in die Höhe schnellen. So trifft den deutschen Arbeiter die Preiserhöhung mit verdoppelter Wucht genau zu derselben Zeit, wo in einzelnen Industrien der Krieg ihm den Lohndruck bringt. Die Teilnahmslosigkeit, mit der die Arbeiterwelt dem Erlaß des Börsengesetzes gegenüberstand, gehört zu den bedauerlichsten Beweisen dafür, wie sehr noch die deutsche Arbeiterschaft in der Erkenntnis und in der Wahrnehmung ihrer wirtschaftlichen Interessen hinter anderen Ständen zurückgeblieben ist. Die Organisation des Nahrungsmittelmarktes ist für die Massen-ernährung und daher für die wirtschaftlichen Interessen der Massen eine Frage ersten Ranges. Bei allen Preisveränderungen ist der Arbeiter als das unterste Glied des sozialen Körpers am schwersten in der Lage, eine Belastung, die ihm zugewälzt wird, auf andere zu überwälzen. Er vor allem hat daher ein Interesse an einer möglichst großen Stetigkeit der Preise. Gerade diese aber hat durch die Zerstörung der Getreidebörse gelitten, und die Extreme der Preisbildung sind verschärft.“ Das sind aufs Haar genau die Wirkungen, die die Sozialdemokraten bei der Beratung des Gesetzes und seines späteren Erlasses vorausgesagt haben.

Gesteigerte Getreidepreise — verminderte Arbeitsgelegenheit. In äußerst schlagender Weise zeigt eine Statistik des Arbeitsmarktes (Herausgeber Privatdozent Dr. Jastrow), wie ungünstig sich das Zusammentreffen von gesteigerten Getreidepreisen mit der verminderten Arbeitsgelegenheit für die ärmere, von der Hand in den Mund lebende Bevölkerung gestaltet. Nach Hamburger Notierungen kosteten 1000 Kilogramm holsteinischer Weizen am 28. Februar 182 bis 193 Mark, dagegen am 30. April d. J. 246—255 Mark, mecklenburgischer Roggen 140—150 bezw. 175—185 Mark, russischer Roggen 111 bezw. 136 Mark. Dagegen bewarben sich um je 100 offene Arbeitsstellen nach den Berichten der deutschen Arbeitsnachweise im April 1898: 113,6 Arbeiter

gegen 106,8 im April vorigen Jahres und gegen 108,8 im März dieses Jahres. Obwohl mit dem Frühjahr die Arbeitsgelegenheit sonst zunimmt, ist diesmal eine Abnahme zu konstatieren. Und angesichts dieser Biffern schwagt man noch auf agrarischer Seite von „günstiger Konjunktur“ und wagt es, die Notlage zu beschönigen? —

Die Steigerung der Getreidepreise macht weitere Fortschritte.

Die Landwirtschaftskammer notiert von diesem Dienstag in Berlin 257 Mark für Weizen und 183 Mark für Roggen. Das sind 8 Mark mehr für Weizen und 4,50 Mark mehr für Roggen als am Tage vorher. Nach dem Bericht der Nationalzeitung vom Produktenmarkt ist der Preis für guten Weizen schon mit 268 Mark angelangt und der Preis für solchen Roggen auf 180 bis 181 Mark. Die agrarische Presse versucht die Preissteigerung auf eine künstliche Einschränkung der Weizenvorräte in Chicago durch den Hausspekulanten Leiter zurückzuführen. Ohne Vorhandensein von anderen Gründen, welche die Preissteigerung rechtfertigen, würden aber auch solche Spekulationen für den Weltmarkt nichts verschlagen. Bezeichnend ist es, daß in New-York jetzt auch die Preise der späteren Termine bedeutende Sprünge aufweisen. Juli von 113 auf 128 $\frac{1}{2}$, September von 93 $\frac{1}{2}$ auf 102, sogar Dezember von 88 $\frac{1}{2}$ auf 95. Unter diesen Umständen macht sich das Fehlen einer Getreidebörse in der Hauptstadt Deutschlands und einer öffentlichen Preisfeststellung ganz besonders fühlbar geltend. Natürlich unterstützt auch die antieconomistische Presse den Gedanken einer künstlichen Steigerung der Getreidepreise; sie darf den Plänen der Korn- und Brotwucherer nicht entgegenreten, da ihr sonst die vollgefüllte Kasse derselben verschlossen bleibt.

Sächsisches.

Die zweite sächsische Kammer nahm am Montag einen Antrag der Fraktion der Deputation über die Abänderung des Vereinsgesetzes an, der gleich dem Beschlusse der Ersten Kammer dahingehend lautet, das Verbindungsverbot aufzuheben und den Minderjährigen den Besuch politischer Versammlungen zu verbieten. Frauen dürfen demnach in Zukunft an politischen Versammlungen weiter teilnehmen. Wie gnädig! Die Furcht vor den Wahlen hat sicherlich diesen Beschluß diktiert.

Majestätsbeleidigungsprozess.

Genosse Hermann Heine wurde Sonnabend von der vierten Strafkammer des Landgerichts I von der Anklage wegen Majestätsbeleidigung freigesprochen. Verteidigt wurde derselbe von Herrn Rechtsanwalt Pascher.

Einen Boykottaufruf

erlassen soeben die Agrarier, die sonst bei jedem Boykott seitens der Arbeiter über Terrorismus und womöglich nach dem Staatsanwalt schreien. Die Bezugsvereinigung der deutschen Landwirte, die nach ihrer eigenen Angabe „alle großen landwirtschaftlichen und genossenschaftlichen Körperschaften in Deutschland umfaßt“, hat sich mit dem Verein deutsch-österreichischer Thomasphosphat-Fabriken über die Bezugsbedingungen für dieses wichtige Düngemittel nicht einigen können. Man hatte sich zwar über die Grundzüge eines neuen Lieferungsvertrages vorläufig verständigt, die Düngerfabriken glaubten jedoch bei dem Steigen der Getreidepreise bessere Bedingungen herauszuschlagen zu können; sie haben daher den Vertrag abgelehnt. Darauf ergeht durch die agrarische Bezugsvereinigung an alle Landwirte folgender Appell:

Nummehr ist es die Pflicht aller deutschen Landwirte, zu zeigen, daß sie gewillt und im Stande sind, ihre eigenen Interessen gegenüber solchen ungewöhnlichen Gebahren zu wahren. Dies geschieht am wirksamsten dadurch, daß sich alle Landwirte, große und kleine, des Bezuges von Thomasmehl so lange enthalten, bis die Sachlage für die deutsche Landwirtschaft wieder eine günstigere geworden ist. Nur auf diesem Wege kann es gelingen, die Macht unserer Gegner einzuschränken und einer rücksichtslosen Ausnutzung derselben mit Erfolg zu begegnen. Denn nicht die Thomasphosphat-Fabriken, sondern die deutschen Landwirte sind es, die das Thomasmehl verwenden und in Brot umsetzen. Wir halten es für eine Ehrenpflicht aller deutschen Landwirte, uns in diesem Bestreben mit aller Kraft zu unterstützen. Darum, deutsche Landwirte, kauft jetzt kein Thomasmehl!

Wenn die Kandidaten des Bundes der Landwirte während der Wahl über die Brauereiboykotts der Arbeiter zetern, wird man gut thun, ihnen ihr eigenes Vorgehen entgegen zu halten.

Spanien und die Vereinigten Staaten.

Vom Kriegsschauplatz.

Seit drei Tagen erhält sich das Gerücht von einer Seeschlacht, die auf dem atlantischen Ozean östlich von der Antillengruppe zwischen der nordamerikanischen und der spanischen Flotte stattgefunden haben soll. Einiges Wahres muß an dem Gerücht sein. Einwandfreie Zeugnisse

Burg. Große öffentl. Wählerversammlung Burg.

am Freitag, den 13. Mai, abends 8 Uhr, im Hofjäger.

Tages-Ordnung:

Die bevorstehenden Reichstagswahlen. Referent: Reichstagskandidat Theodor Gloke-Berlin.

Frauen haben keinen Zutritt (§ 8 des Vereinsgesetzes). — Gegner sind willkommen und wird denselben eine unbeschränkte Redezeit zugesichert. — Zur Deckung der Unkosten werden 5 Pfg. Entree erhoben. — Zahlreiches Erscheinen erwartet. — Der Einberufer.

Burg. Heinrich Reinecke Burg.
Markt 13
empfehlen sein reichhaltiges Lager in
Schuhen und Stiefeln
zu billigen, streng festen Preisen.

* Größere Kinderbettstelle billig zu verkaufen Neustadt, Breitweg 36, Hof II.
Ein beizubarer Wadestuhl billig zu verkaufen Gr. Marktstr. 18/19. Schief.
* Schneider empfiehlt sich in u. an seiner dem Hause Annastr. 23, geradezu 3 Tr. I.
* Gut erhaltener Kinderwagen für 10 Mark zu verkaufen Dorotheenstr. 10, S. I, I.
Viktualien-Geschäft, nachweislich, zuverlässig, sichere Brotstelle, ist altershalber billig zu verkaufen. Groß. Umfug in Bier und Branntwein, es wird auch jede Woche geschlachtet. Näheres **J. Ziolkowski**, Grilne Urnststraße 17.
Bei Einkäufen bitten wir unsere Leser, sich auf die Volksstimme beziehen zu wollen.
Gesucht werden:
Inventarischer Arbeitnachweis bei **Gewerkschaften Magdeburgs** (Kleine Klosterstraße 15/16): Schuhmacher, Stellmacher, Tischler, Klempner, Schneider, Schleifer, Drechsler, Sattler auf Riemen und Barbieren.

Cirkus-Theater.
Heute 8 Uhr:
Vollständig neuer Spielplan!
Ada Thompson
in ihrem sensationellen Feuer- und Flammantanz.

Die reizenden 3 Nordsterne
Geschw. Walden.
Das vornehmste und beste Gesangs-Tertzett der Jetztzeit.
Heinr. Klees Etlis-Ballet-Gesellschaft
Exselsior.
Solotänzerin Marianne Rumschmann.

Hugo Hochgemuth
Humorist.

Dorina Maneas
Galerie lebender Bilder (7 Damen).
The Welsons
in ihren sensationellen Leistungen an den hängenden Seilen.

Arvida Svenson
Schwed. deutsche Sängerin.
Vereinsbillets sind gültig.

Stadt-Theater.
Gastspiel des Jbren-Theaters aus Leipzig.
Direktion: Dr. Carl Heine.
Donnerstag, 12. Mai:
Nora.

Schauspiel in 3 Akten von Henrik Ibsen.
Kasseneröffnung 7 Uhr.
Anfang 7 1/2 Uhr. Ende nach 10 Uhr.
Tageskasse von 10—2 und 4—5 Uhr. 1053
Freitag, 13. Mai:
Nora.
Sonntag, 14. Mai:
Beutes Gastspiel! Beutes Gastspiel!
Gespenscher.
Leztbücher zu den Ibsenschen Dramen sind in der Buchhandlung Volksstimme zu haben.

Todes-Anzeige.
Allen Freunden und Bekannten zur Nachricht, daß unsere liebe Mutter, Schwieger- und Großmutter
Frau Anna Rohde
nach langem schweren Leiden sanft entschlafen ist.
Familie Fricke.
Die Beerdigung findet Donnerstag vormittag 10 Uhr von der Leichenhalle des Neustädter Krankenhauses, Morgenstraße, aus statt. 298

Standesamt.
Magdeburg, 10. Mai.
Aufgebote: Telegraph-Assistent Erich Schaper in Halberstadt mit Katharina Reinsdorf in Straßburg. Kaufmann Richard Karl August Bahne hier mit Anna Banke in Dreßdorf. Praktik. Arzt Dr. med. Wilt, Strohox in Quedlinburg mit Martha Schellenberg hier. Zimmermann Robert Kluge mit Luise Lüdemann geb. Kofke hier. Juwelier Gustav Schrencken mit Emma Unger hier. Maler Herm. Marg. Schuppe mit Marie Klara Grund in Weihen. Produkt Karl Herm. Stetefeld hier mit Minna Luise Kuly in Eichenbarleben. Schuhm. Friedrich Gustav Otto Richter mit Johanna Magdalene Saalfeld in Guss. Ehegeschliefungen: Musikdir. Reinhold Stad hier mit Anna Bögelack in

Walhalla-Theater.
780 Täglich Künstler-Spezialitäten-Vorstellungen.

Sudenburg. Postsekretär Aug. Schlamm in Meranerode mit Witwe Ida Dreßling geb. Wagner hier.
Geburten: Erich, S. des Comploboten Karl Petersdorf. Emma, T. des d. v. d. Motomotivführers Adolf Selzer. Paul, S. des Schmieds Ernst Winter. Verena, T. des Hrn. Franz Schindelböck. Hermann und Walter, Zwillingssöhne des Feuerwehr-Führers Friedrich Schmidt. Erich, S. des Eisenbahnbreiters Wilhelm Niebold. Karl, S. des Arbeiters Karl Wille. Fritz, S. des Schlossers Hugo Schlenker. Charlotte, T. des Kaufmanns Walter Thiele. Helene, T. des kgl. Kreis-Sterarzes Georg Gundelach. Verena, S. des Hauptmanns Eduard Weiser. Verena, T. des Fabrikdirektors Hermann Schäfer. Todesfälle: Otto, S. des Schiffs. Wlth. Mohde, 5 T. Frieda, T. d. Barbiers, Herrn Otto Mohring, 3 T. 11 M. 15 T. Emilie geb. Buchardt, Witwe des Oberfeuerwehmanns Max Dietlein, 58 J. 32 T. Adolf, S. des Meitnerers Adolf Kaul, 6 J. 2 M. 28 T. Walter, S. des Schuhmachers Franz Schmidt, 1 J. 4 M. 9 T.

Eubenburg, 10. Mai.
Aufgebote: Himmernmann Gustav Adolf Halle mit Vertha Luise Wilhelmine Bafel hier.
Geburten: Ella, T. des Eisenbahn-Nachpostriers Wilhelm Meyer. Hedwig, T. des Kesselschmieds Otto Bräsecke. Felix, T. des Arb. Wilhelm Wendler.
Todesfälle: Franz, S. des Eisen-Stationen-Arbeits. Max Freyzel, 1 J. 1 M. 18 T. Luise geb. Schulze, Ehefrau des Schneiders Gustav Seehaus, 43 J. 3 M. 9 T.

Neustadt, 10. Mai.
Aufgebote: Nachhofsarbeiter Gustav Adolf Sommerfeld mit Dorothee Luise Karoline Jarges.
Ehegeschliefungen: Klempner Ab. Rippenberg mit Emma Scheite, geb. Manngold. Arbeiter Peter Sngolski mit Anna Grundmann.
Geburten: Johanne, T. des Buchhalters Paul Neumann. Martha, T. des Fabrikarbeiters Albert Seeger. Otto, S. Arbeiters August Wen. Otto, S. des Bäckers Albert Hoffmann. Paul Friedrich, anhel. Margarete, T. des Arb. Christ. Schwegel. Ernst, S. des königl. Schupmanns Karl Fischer.

Groß-Otterleben.
Aufgebote: Maurer August Uebe in Bennedenbed mit Selma Koch hier. Fom. Paul Jürgens mit Lina Reinhardt hier. Modellfächer Hermann Delye mit Emma Uebe hier. Bäckermeister Adolf Bode mit Hedwig Klaffig hier.
Ehegeschliefungen: Dreher Otto Käger in Magdeburg-Duckau mit Minna Gebhardt hier. Zimmermann Rob. Renter mit Emma Bannmeister hier. Schlosser Karl Fofke mit Anna Egrede hier. Fleischer-geselle Gustav Frankenhein mit Wwe. Marie Viebetraun, geb. Stoy, in Magdeburg. Arb. Josef Moncke in Kl.-Otterleben mit Anna Gernershausen hier. Maurer Aug. Heilschmann in Bennedenbed mit Emma Hassel hier. Maurer Wilhelm Ribbe hier mit Alwine Ullr in Kl.-Otterleben. Landwirt Gustav Schöps in Weldeleben mit Hedwig Klemme hier. Maurer Friedrich Dieckmann mit Olga Herbst hier.
Geburten: Wilhelm, S. des Arbeiters Anton Paß in Bennedenbed. Heinrich Walter, S. des Bauers Heinrich Gonne hier. Wlth. Otto, S. des Müllers Rich. Kraum hier. Erna Lucie, T. des Jllsweihenstellers Karl Hoyer in Bennedenbed. Max Wlth., S. des Bäckers Traugott Göze hier. Karl Erich, S. des Schlossers Karl Holke hier. Richard Gustav, S. des Arb. Gottfried Pfann in Bennedenbed. Gulda Agnes Helene, T. des Arbeiters Christian Koch hier. Jakobine, T. des Arbeiters Joh. Sitarz hier. Martha Anna Ida, T. des Zimmermanns Franz Heinrich hier. Friedrich Walter, S. des Arbeiters Friedrich Richter in Bennedenbed. Otto Ernst, S. des Arb. Gustav Grafenstein in Bennedenbed. Gaus u. Margarete, Zwill.-Kinder des Kupferschmieds Adolf Gacprecht hier. Minna Ella Bertha, unebel. Robert Goit-fried Walter, unebel. S. des Tapezierers Karl Thom hier. Karl, S. des Arbeiters Wilhelm Kölling hier. Karoline Charlotte Walesta, T. des Handelsmanns Hermann Kolbe hier.

Todesfälle: Martha Emma Schrader hier, 1 J. 2 M. 7 T. Arbeiter Joh. Andreas Heinrich Jäger hier, 52 J. 14 T. Franz Richard Karl Steffens hier, 6 M. 24 T. Frau Marie Elisabeth Göbde, geb. Duderstadt, hier, 79 J. 6 M. 25 T. Gustav Adolf Ruffe hier, 1 J. 1 M. 24 T.

Schuhwaren!
Billig! Billig! Billig!
Herren-, Knaben-, Schaffstiefel, Stiefelchen, Damen-, Kinder-Stiefel, Halb- und Strandschuhe, Socken, Pantoffel, auch aus Kontursmassen 277 flammende Waren. Nur Neustadt, Schmidtstrasse 44.

Stephansbrücke 8
werden Kleider aller Art schnell und sauber angefertigt.
C. Haack.
Wäsche w. saub. gewaschen u. gepflichtet Frau Pischke, Neuhaldenslebenstr. 2, I.

Grabsteine
in Sandstein, Marmor, Granit, werden angefertigt und alle ausgefertigt im Steinmetzgeschäft Sudenburg, Braunschweigerstraße 43.
Central-Reparatur-Werkstatt
für Nähmaschinen und Fahrräder aller Systeme.
Wäsch- und Wringmaschinen, auch werden Ersatzteile für Fahrräder nach eingelangtem Muster sofort angefertigt.
R. Osterroth, Mechaniker
Magdeburg, Lüneburgerstraße.

Güte
werden zum Garnieren angenommen und auf Wunsch eigene Zutaten verwendet.
Bazar-Magdeburg
Jakobs- u. Peterstr.-Ecke
Filiale: Wilhelmstr., Annastr. 2.

Empfehle sämtliche **Flaschenbiere.**
Prompte Bedienung. Solide Preise.
F. D. Schlegel
Bitte probieren Sie meine feine Molkereibutter Pfd. 1 Mk. Sehr beliebt ist die **Vogelsdorfer Stückenbutter** à 56 Pf. 1205
Gerne empfehle: echt Schweizer, vollsaftig. Pfd. 1 Mk., auch im Auschnitt, deutschen Schweizer Pfd. 80 Pf.
A. H. Völker, Butterhandlung
Jakobsstr. 5, Eck b. Gr. Marktstr., Gr. Weg 252, schrägl. v. gr. Kurfürst, Gr. Steinhofstr. 10 b, Gklaben.

Künstl. Zähne und Gebisse
Kautschuk mit Aluminium v. 3. K. an. Teilzahlung gestattet. Nervtöt. Plombieren. Alles schmerzlos. 1094
Aug. Schumm, Sudenburg
Braunschweigerstraße 19.

Neuheiten
in **Wollstoffen**
Waschstoffen
Mtr. von 25 Pf. an
Mtr. von 50 Pf. an
empfehlen
Friedrich Bortfeld, Neustadt.

Sommerhosen
in größter Auswahl fabriziert
G. Gehse
Magdeburg
Johannisfahrtstraße 14
neben dem Wilhelm-Theater.
Bestes und renommiertes Arbeiter-Garderoben-Geschäft
Magdeburgs. 1041
Gegründet im Jahre 1820.
Keinle Arbeit! Solide Preise!

Tapeten
billig bei **Fritz Prager**
Buckau 752
Schönebiederstraße 24 (Ecke Dorotheenstr.).
Ein geb. gut erh. vierräd. Kinderwagen bill. z. verl. B. Neust. 1a I. I. Dasselbst auch ein blauer Leiterwagen z. v.

Aleiderschränke und Vertikows
werden einzeln mit einer Anzahlung von M. 5.00 und wöchentlich Abzahlung von 1.00 Mark an ab. gegeben.
S. Osswald
Ulrichstraße 14
1. Etage
gegenüber der Ulrichskirche.

Fr. Apfel, Seebamme, wohnt Knochenhaueruf. 33

Der Reichstagswähler
erscheint täglich als Beilage
der Volksstimme und stellt
sein Erscheinen nach Beendi-
gung der Reichstagswahl
(einschließlich Stichwahl)
wieder ein.
Mitarbeit erwünscht.

Der Reichstagswähler.

Der Reichstagswähler
bringt in übersichtlicher Form
beachtliches Agitations-
material, das auszubewahren
und zur Agitation zu ver-
wenden ist.
Gegnerische Flugblätter
sind einzusenden.

Publikationsorgan für die Reichstagswahlkreise: Magdeburg, Wanzleben, Wolmirstedt-Neuhaldensleben,
Osterburg-Stendal, Salzwedel-Garbelegen, Jerichow I u. II und Calbe-Nechersleben.

Die Wählerlisten liegen vom 18. bis 26. Mai aus.

Magdeburg, den 12. Mai 1898.

Reichstagswahl 16. Juni, vorm. 10 bis nachm. 6 Uhr.

Wähler! Parteigenossen!

Der Wahlkampf hat begonnen!

- Wir kämpfen für das **allgemeine Wahlrecht.**
- Wir kämpfen für das **Koalitionsrecht.**
- Wir kämpfen für den **Arbeiterlohn.**
- Wir kämpfen für **Pressfreiheit, Vereins- und Versammlungsfreiheit.**
- Wir kämpfen für die **bedrohte Freizügigkeit.**
- Wir kämpfen gegen **Militarismus, gegen Mari- nismus.**
- Wir kämpfen gegen die **Ausbeutung des arbei- tenden Volkes.**
- Wir kämpfen gegen den **Uebermut der Junker, der Steuergabenempfänger und Brot- wucherer.**

Rüstet mit aller Kraft.

- Wir müssen die Waffen bereit halten und **neue Streiter** werben.
- Werbet für **Eure Presse**, die schneidigste Waffe im Wahlkampfe.

Abonniert auf die Volksstimme!

Die Sozialdemokratie ein Produkt der kapitalistischen Entwicklung.

Die Sozialdemokratie ist der Repräsentant des klassenbewußten Proletariats. Die Partei ist ein Kind der modernen kapitalistischen Entwicklung. Daher ist es grundfalsch, wenn die Gegner durch den Hinweis auf Männer der Vergangenheit, die sozialistische Staats- oder Gesellschaftsideale in ihrem Kopfe entwarfen, darthun wollen, daß der Sozialismus, wie sie sagen, „unausführbar“ sei. Daß die Ideen, die von Plutokratie bis St. Simon, Owen, Fourier, Cabot und ihren Schülern, in Bezug auf ihr Staats- und Gesellschaftsideal zu Grunde lag, nicht verwirklicht werden konnten, lag daran, weil Staats- und Gesellschaftsordnungen nicht künstlich nach dem Willen einzelner geschaffen werden können, sondern das Produkt einer bestimmten Kulturentwicklung sind. Daher haben auch die kommunistischen und sozialistischen Kolonien nur eine sehr kurze Lebensdauer gehabt, oder sie konnten sich nur halten dadurch, daß sie der gesamten Kulturentwicklung fern blieben und sich auf sich selbst beschränkten.

Der moderne Sozialismus ist aber kein Glaube, er ist eine Wissenschaft; er hat das Wesen der Gesellschaft und die Entwicklungs- und Bewegungsgesetze, die ihr zu Grunde liegen, studiert und formuliert und weist nach, wie eine Gesellschaftsform im Laufe ihrer Entwicklung auf der Höhe angekommen, die Keime und alle Vorbedingungen für eine neue höhere soziale Ordnung schafft, die dann die Grundlagen für eine neue Staats- und Gesellschaftsordnung bilden.

Im normalen Verlauf der Entwicklung ist jede neue Gesellschaftsordnung besser und vollkommener, als es die früheren Staats- und Gesellschaftsordnungen waren. Es ist die Art und Weise, wie eine Gesellschaft ihre Lebensbedürfnisse produziert und unter ihre Glieder zur Verteilung bringt, die ihren Charakter bestimmen.

Die gegenwärtig herrschende Produktions- und Verteilungsform ist die kapitalistische, in ihr sind alle Gesellschaftsglieder bürgerlich gleich, aber nicht politisch und ökonomisch gleich. Nur diesen beiden Gebieten kommt die Herrschaft der herrschenden Klasse zum Ausdruck und gegen diese Herrschaft richtet sich der Kampf der am meisten beherrschten und unterdrückten Klasse, der Arbeiterklasse; sie strebt nach vollständiger politischer und wirtschaftlicher Gleichheit und Freiheit.

Indem nun die herrschende Produktionsweise die Reste der früheren kleinbürgerlichen Entwicklungsperiode immer mehr untergräbt und vernichtet und damit eine immer größere Zahl von Existenzen schafft, die auf ihre persönliche Arbeitskraft als einzige Quelle der Existenz angewiesen ist, schafft sie einen Zustand des Widerspruchs und der Empörung gegen die bestehende Ordnung. Die Benachteiligten drängen auf eine neue Ordnung, in der alle Arbeitsfähigen zur Arbeit verpflichtet sind und die Arbeitsmittel (Grund und Boden, Bergwerke, Fabriken u.) nicht mehr im Besitz von Privateigentümern sich befinden, die darauf ihre Herrschaft über die Gesellschaft begründen, sondern Eigentum der Gesamtheit werden, die jetzt die Produktionsweise für die gemeinschaftliche Betätigung auf technisch vollkommenste Art organisiert und die aus dieser neuen Arbeitsweise geschaffenen Lebens-, Bildungs- und Kulturmittel allen Gliedern ohne Ausnahme zu gleichem Gebrauche zugänglich macht.

Der in der modernen Gesellschaft erzeugte Klassengegensatz, der den **Klassenkampf** hervorrief, schuf die Sozialdemokratie. Und der gesellschaftliche Zustand, den diese herbeiführen will, ist die sozialistische Gesellschaftsordnung.

Das Programm der Partei, das in einer früheren Nummer mitgeteilt ist, zerfällt in zwei Teile, in seine nächsten Forderungen, d. h. diejenigen, die auf dem Boden der vorhandenen Staats- und Gesellschaftsordnung verwirklicht werden können und die Zukunftsforderungen, die sich auf die Grundlagen einer zukünftigen, aus dem Boden der bestehenden Ordnung herauswachsenden Gesellschaftsordnung beziehen. Da aber diese letztere Ordnung, wie sie in ihren Details sich nicht überblicken läßt, denn jede neue staatliche und gesellschaftliche Einrichtung kann nur das Produkt der Umstände sein, unter denen sie ins Leben tritt, und diese Umstände im einzelnen sich im Voraus nicht übersehen lassen, lehnt es die Sozialdemokratie ab, sich auf eine „Ausmalung“ des „Zukunftstaats“ einzulassen.

Die Sozialdemokratie richtet ihre Handlungen, wie jeder vernünftige Mensch, nach den gegebenen Verhältnissen, die sie aber, soweit dies durch ihre Kräfte und Arbeit möglich ist, sich möglichst günstig zu gestalten trachtet. Die Hauptsache leistet hierbei die staatliche und gesellschaftliche Entwicklung, die aus dem Wesen der kapitalistischen Gesellschaft heraus ihr in die Hände arbeitet, und ihr das Werk- und Werbematerial für die Umgestaltung in eine neue gerechtere Gesellschaftsordnung liefert.

Ihre parlamentarische Tätigkeit ist diesem Zwecke dienlich, sie sucht den Fortschritt auf allen staatlichen und gesellschaftlichen Gebieten im Sinne des Wohls aller und der Gerechtigkeit für Alle zu fördern. Ihr Ziel ist nicht Herrschaft und Unterdrückung, sondern **Freiheit, Gleichheit und Gerechtigkeit für Alle, die Menschenangeficht tragen.**

Daß die Sozialdemokratie in erster Linie für die Hebung und Verbesserung der Arbeiterklasse kämpft, geschieht, weil sie die zahlreichste, ärmste und unterdrückteste Klasse ist, durch deren volle Befreiung von den auf ihr lastenden Uebeln, die Befreiung der gesamten Menschheit von Not, Elend, Sorge, Unterdrückung und Ausbeutung herbeigeführt wird.

Die Emanzipation der Arbeiterklasse bedeutet die Erlösung der Menschheit, die Herrschaft von Friede, Freude, Freiheit und Gerechtigkeit, sie bedeutet die Verwirklichung der höchsten Ziele, die sich die Menschheit bis jetzt gesetzt hat.

Pflicht aller Unterdrückten und Bedrückten ist es am 16. Juni für die sozialdemokratischen Kandidaten zu wirken. Im Verbreitungsbezirk der Volksstimme kommen folgende Kandidaten in Frage:

- Magdeburg: Fischer **Wilhelm Pfannkuch**, Berlin.
- Wanzleben: Fischer **Ferd. Gerlach**, Halberstadt.
- Wolmirstedt-Neuhaldensleben: **Otto Näher**, Berlin.
- Osterburg-Stendal: **Dr. Hugo Görner**, Magdeburg.
- Salzwedel-Garbelegen: **Maurer Carl Schöck**, Magdeburg.
- Jerichow I und II: **Expedit Th. Glode**, Berlin.
- Calbe-Nechersleben: **Schriftsteller Alb. Schmidt**, Magdeburg.

Zur Wahlbewegung.

Die Gefährdung des Reichstagswahlrechts.

Die bekannnten Mitteilungen des Abg. Müller = Fulda über einen bereits fertiggestellten Gesetzentwurf zur Änderung des Reichstagswahlrechts sind bisher noch nicht von kompetenter Stelle bestritten worden. Die privaten Äußerungen der Berliner Politischen Nachrichten haben nicht die geringste Bedeutung. Der Centrums-Abgeordnete Müller ist nicht bekannt als ein Mann, der leichtfertig wühliche Gerüchte aussprengt. Die allgemeinen politischen Umstände, in denen wir leben, geben zudem seinen Mitteilungen das Gepräge vollster Glaubwürdigkeit. Es darf als Thatsache angesehen werden, daß die Bestrebungen auf Verschlechterung des Wahlrechts für den Reichstag auch bei der Regierung sich bereits zur Ausarbeitung gesetzgeberischer Vorarbeiten zu jenem Zwecke verdichtet haben. Der Kampf für das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht bildet schon so eine Hauptparole der Wahlbewegung. Jetzt sind auch die Vertrauensseligsten gewarnt. Jetzt muß jeder sehen, wie außerordentliches auf dem Spiele steht! Mit aller Kraft ist für die Wahl sozialdemokratischer Kandidaten zu wirken; sie sind die besten Hüter der Freiheit.

Das Volk merkt nichts vom Kornwucher.

In der Debatte über die Brotteuerung am letzten Tage der Reichstagsession wagte Herr von Kardorff die Äußerung, das Volk merke nichts von der Teuerung. Es ist darauf erwidert worden mit der Frage, ob es denn Herrn Kardorff als erfolgreichen Tantiemenbesitzer so schwer werde, sich in die Lage der wirtschaftlich Schwachen hineinzuversetzen, die jede Preissteigerung des Brotes bezahlen müßten mit einer Verschlechterung ihrer Ernährung. Wie viel Herr von Kardorff in seiner erwähnten Eigenschaft mit leichter Mühe verdient, ist bekannt. Die Auslassungen über die von Herrn von Kardorff aus seiner Ausschichtungsstellung bei der Schleißen Aktien-Gesellschaft für Verabrey- und-

Hüttenbetrieb bezogenen Tantiemen sind die Veranlassung gewesen, daß in der am 7. d. Mis. stattgehabten Generalversammlung dieses Unternehmens von einigen Aktionären die Höhe der Tantiemen von 350290 Mark, welche die dreizehn Ausschichtungsmitglieder erhalten, bemängelt wurde. Wenn, wie wohl anzunehmen ist, diese Summe in gleichen Teilen unter die Ausschichtungsmitglieder verteilt wird, so entfällt auf jedes 26945 Mark für das letzte Geschäftsjahr. Diese große Summe erhielten die Herren Ausschichtungsmitglieder für drei Sitzungen, die im Laufe des Jahres 1897 stattgefunden hatten. Einigen der Herren war die Arbeit, die sie für 26945 Mark zu leisten hatten, wohl noch zu schwer; sie haben an den Ausschichtungsitzungen überhaupt nicht teilgenommen. Die Aktionäre, welche die Tantiemenfrage zur Diskussion brachten, gaben dem Wünsche Ausdruck, daß die Tantiemen möchten „entsprechend“ herabgesetzt werden, damit sie im Einklang ständen mit den Leistungen, welche für die Gesellschaft aufzuwenden waren. Wenn die Leistungen des Ausschichtungsrates den Maßstab für die Bemessung der Tantiemen geben würden, so würden diese sicherlich einen sehr geringen Betrag darstellen. Ob der Anregung auf Herabsetzung der Tantiemen Folge gegeben ist oder Folge gegeben wird, darüber ist in dem Generalversammlungsberichte nichts gesagt. Es ist wohl anzunehmen, daß dies nicht der Fall sein wird und Herr von Kardorff kann, falls er bei den bevorstehenden Reichstagswahlen wiedergewählt wird, seinen parlamentarischen Beruf auch ohne Bezug von Diäten, gegen deren Gewährung er so entschieden Stellung genommen hat, ausüben. Die Tantiemen, die er von der Schleißen Hütten-Gesellschaft erhält, gestatten ihm das. Sie gestatten es ihm auch, auf hohe Brotpreise, die dem armen Manne sehr viel Sorge machen, zu „pfeifen“. Um so mehr aber sollte er es vermeiden, mitzureden, wenn es sich um Dinge handelt, die seinem Vorstellungskreise offenbar fernliegen. Diesen Tantiemenschludern, die zugleich im Reichstage für Volksbelästigung wirken, das Handwerk zu legen, bleibt Aufgabe der Wähler der arbeitenden Schichten des herrlichen deutschen Volkes. —

„Reform“ der Freizügigkeit.

Die Sozialboten sind neuestens nichts weniger als radikal, eher gut reaktionär. Um so bemerkenswerter ist es, daß sie durchaus anerkennen, die Erklärung des Landwirtschaftsministeriums anlässlich der Interpellation Szmulas über die Freizügigkeit als bedroht erscheinen, und entschieden dagegen Stellung nehmen. Es heißt da:

Die Ausführungen des Ministers kennzeichnen die Lage zum Erschrecken deutlich. Wenn das die „Auswüchse“ sind, die man beiseite zu lassen glaubt, was bleibt anderes übrig, als das Recht auf Freizügigkeit selbst zu befechtigen? Da hilft kein Wenn und kein Aber. Klar und unerbittlich liegt diese Konsequenz auf der Hand, und sie wird von den Agrariern gezogen werden mit all der Energie, die ihrer das Ende niemals bedenkenden Begehrlichkeit eigen ist. Es muß unbegreiflich erscheinen, wie die Regierung, die durch so viele Vorgänge gewiß sein sollte, sich selbst diese Schlinge um den Hals hat legen können. Der Streit wird angezogen werden, bis ihr der Atem ausgeht. Schon quillt das führende Wort der extremen Agrarier, die Hamburger Nachrichten, dankend für die neue Blöße, die den agrarischen Auktoren geboten ist, mit den Worten: „Die Ursachen der ländlichen Auswanderung nach den Städten sind nicht zu befechtigen, sie liegen in der menschlichen Natur, und es kann demnach in diesem Falle nicht nach dem Rezept cessante causa cessat effectus gearbeitet werden, sondern es muß auf dem Wege der Re-pression vorgegangen werden, da kein anderer gangbar ist.“ Das ist der sozialpolitische Fortschritt, den wir gemacht haben. Mit ihm müssen wir rechnen, als mit einer gewaltigen Macht in den bevorstehenden Kämpfen um die wichtigsten sozialen und nationalen Interessen des deutschen Volkes.

Der Ausschlag schließt: „Es hieße die Natur unserer agrarischen Bewegung gründlich verkennen, wollte man bei diesen Aussichten der Masse ihrer Anhänger noch irgend welchen guten Willen zutrauen, dem deutschen Arbeiter im Osten wieder Liebe zur Heimat beizubringen. Zwang thut's auch und thut's besser! Wenn der ultranationale Rittergutsbesitzer Gumla mit seiner Interpellation der bereinstigten Kolonisation der preussischen Ostprovinzen wirklich hätte Vorschub leisten wollen, was er bewußterweise wohl nicht gewollt hat, dann hätte er sich einen besseren Erfolg vorläufig kaum wünschen können, als den, den er gehabt hat. Die des Heimatgefühls beraubten deutschen Arbeiter werden am schnellsten aus der Heimat vertrieben werden durch das neue staatssozialistische Experiment der „Repression“. Und das nennt sich konservative und nationale Wirtschafts- und Sozialpolitik!“ So urteilt ein konservatives Organ! Wir haben dem nur hinzuzufügen, daß die Landarbeiter sich wie ein Mann erheben und gegen die Gelüste des mit den Antifemiten und einem Teile der Nationalliberalen verbündeten Junkertums ankämpfen möchten. Am 16. Juni ist der geeignetste Tag. —

Das nationalliberale Unkraut.

Gegen die Nationalliberalen eifert die Korrespondenz des Bundes der Landwirte, indem sie schreibt: „wer uns nichts Positives versprechen will, als in den nächsten Handelsverträgen die landwirtschaftlichen Interessen „besser“ zu wahren, den lachen wir aus, wenn er dafür unsere Unterstützung verlangt. Wir sind, so schreibt die Korrespondenz an anderer Stelle, „keine Gegner der nationalliberalen Partei, aber es paßt auf sie das böse Gleichnis von dem Weizen und dem Unkraut. Unsere Freunde wollen bei den Wahlen bestrebt sein, das nationalliberale Unkraut sorgsam auszuroden. Vor's ist den Herren gegenüber sehr am-

Chronik auf das Jahr 1848.

12. Mai.

Abends fand in den Zelten in Berlin eine große Volksversammlung statt, um gegen die Rückberufung des Prinzen von Preußen zu protestieren. Die Versammlung zog im geschlossenen Zuge in die Wilhelmstraße vor die Amtswohnung des Ministerpräsidenten Camphausen. Eine Deputation unter Führung des Assessors Jung begab sich zum Ministerpräsidenten, bei dem sich auch der Minister Graf Schwerin befand. Herr Camphausen versprach der Deputation, die Angelegenheit aufs neue im Ministerrat zur Besprechung bringen zu wollen, worauf sich die Menge bewegen ließ, abzutreten. Am Palais des Prinzen von Preußen wurde aufs neue die inzwischen ausgelöschte Signatur „Nationaleigentum“ angebracht.

Die Wahlen in Frankreich.

Das allgemeine Stimrecht hat gesprochen. Die bisher vorliegenden Nachrichten geben noch keinen vollständigen und klaren Ueberblick; die telegraphischen Meldungen widersprechen sich vielfach und die Benennungen der Kandidaten und der gewählten Abgeordneten weichen vielfach von einander ab, wie es auch früher der Fall war. Besonders ist eine irgendwie zuverlässige Abgrenzung zwischen den verschiedenen Richtungen der Sozialisten und Radikalen nicht zu finden.

Das Ergebnis der Wahl entspricht im allgemeinen den gehegten Erwartungen. Von unserer Seite im besonderen — das zeigen unsere vor der Wahl veröffentlichten Artikel und Korrespondenzen aus Paris — konnten keine überschwenglichen Hoffnungen gehegt werden. Für jeden, der die französischen Verhältnisse und die Entwicklung des französischen Sozialismus kennt, stand fest, daß es nur darauf ankommen konnte, ob die französische Sozialdemokratie ihre großen Fortschritte bei der vorigen Wahl von 1893 zu erhalten im Stande war.

1893 hatte die Sozialdemokratie in Frankreich unter dem Zeichen des Panama-Skandals überaus große, alle Hoffnungen übertreffende Siege errungen. Viele vermeinten damals und beharrten die letzten Jahre hindurch in der Meinung, jener Sieg sei nur ein Zufallsieg gewesen. Die Wahl am Sonntag hat bewiesen, daß das nicht der Fall war. Sie hat bewiesen, daß der Sozialismus in der französischen Arbeiterklasse fest wurzelt, daß selbst die ungünstigste Augenblickssituation die Anhänger nicht mehr ins Wanken zu bringen vermag. Und die politische Situation, unter der die Wahl stattfand, war überaus ungünstig. Der eitle Lärm der klerikal-militaristisch-antidemokratischen Orgie hatte die Gemüter berauscht, die Volksseele vergiftet; ein falscher Patriotismus, durch die Dreyfus-Sache entzündet, durch eine unklare Angst vor eingebildeten Gefahren angefaßt, durch die Handlanger des Kapitalismus und Klerikalismus in mächtigen Flammen aufgetrieben, schien rings das Land, die ganze Nation erfasst zu haben.

Und trotzdem stand die Sozialdemokratie fest und unerschütterlich. Ja, sie schritt voran, sie übertraf den Sieg von 1893.

Freilich kein Sieg ohne Opfer. Mehrere der besten Kämpfer sind im Wahlkampf unterlegen. Guesde und Jaurès sind nicht gewählt. In ihren Wahlkreisen Roubaix und Carmaux haben Regierung und Kapitalisten sich seit Jahren zu einer terroristischen Diktatur geeinigt und ganz ähnliche Zustände geschaffen, wie in dem Wahlkreis unseres Herrn von Stumm. Auch für die beste Organisation wäre eine Sieg unter solchen Verhältnissen kaum möglich gewesen. Gerade in diesen zwei Wahlkreisen war auch die Organisation gut, während sie an anderen Orten allerdings vieles zu wünschen übrig ließ. Jaurès meldete seine Niederlage der Petite République mit folgenden Worten: „Ich bin mit großer Mehrheit geschlagen, unter der Gewalt der Arbeitgeber ist die Bevölkerung zusammengeknickt. Es lebe die soziale Republik!“ Außer Guesde und Jaurès ist auch Deville gefallen — neben Guesde theoretisch und prinzipiell der tüchtigste Vertreter des Sozialismus in Frankreich — und Baillant, als Taktiker und Politiker Jaurès ebenbürtig, befindet sich „in ungünstiger Stichwahl“.

Nach den uns bisher vorliegenden Nachrichten aber scheint festzustehen, daß unsere Partei einen erheblichen Stimmenzuwachs zu verzeichnen hat. Und dies ist das wichtigste für unsere Partei. So bedauerlich der Verlust einiger führenden Kräfte sein mag — einen solchen Verlust gab es übrigens auch 1893 —, so ist das Wachstum der Partei selbst doch weit bedeutsamer. Ziffermäßige Beläge stehen noch aus.

Sehen wir von unserer Partei ab, so scheint das Wahlergebnis im allgemeinen an der bisherigen Zusammensetzung der Kammer nicht viel zu ändern. Die Regierung erhält ihre bisherige kompakte Majorität wieder; aber ihre Anhänger haben vielfach einen Stich ins Boulangeristische, Antidemokratische, Militaristische. Auch die ausgeprochenen Antidemokraten haben, infolge der Dreyfus-Esterhazy-Bola-Affäre, einige Mandate erhalten. Drumont ist in Algier gewählt. Diese Leute werden eine — der deutschen Uhlwarderei ähnliche Demagogie in die französische Kammer einführen.

Soziale Bewegung.

Inland.

In Essen befinden sich von den 700 auf 88 Bauten beschäftigten Maurern 495 im Streik, von den übrigen

treten noch 75 nach Ablauf der Kündigung in den Ausstand, 215 von den Ausständigen sind abgereist. —

Der **Zimmererstreik** in Kassel ist beendet, die Arbeiter haben sich mit einer Lohnzulage von 2 Pfennig pro Stunde begnügt. —

Lohnbewegung der Textilarbeiter. Zur Zeit stehen 30 Seiler in Breslau, 50 Weber in Krefeld und 178 Weber in Wessungen bei Kassel im Ausstand. Die Seiler in Breslau fordern einen Minimallohn von 18 Mark, die Weber in Wessungen verlangen Verkürzung der Arbeitszeit um eine Stunde und Lohnerhöhung von 10 Prozent, die Weber in Krefeld kämpfen gegen einen Lohnabzug von 15 Prozent. Alle Ausständigen gehören dem Verband der Textilarbeiter an. —

Auf der **Meißen-Grube** in Schlesien wird jetzt durchgängig in Achtstundenschichten gearbeitet. Warum geht es hier? Lediglich der Unternehmertroz ist es, der die allgemeine Einführung der Achtstundenschichten verhindert. —

Die **Maler** in Arnstadt haben sich mit den Unternehmern auf eine Lohnzulage von 2 Pfennig pro Stunde geeinigt. —

In Karlsruhe sind am Montag die **Malergehilfen** in den Streik eingetreten. Die hauptsächlichsten Forderungen sind: 1. Einführung einer Arbeitszeit von 9 1/2 Stunden, 2. ein Minimallohn von 40 Pf. pro Stunde, 3. für Ueberstunden ein Aufschlag von 25 Prozent, für Nacht- und Sonntagsarbeit 50 Prozent, 4. bei Landarbeit ein Aufschlag von 1.50 Mark resp. 2 Mark, 5. wöchentliche Lohnzahlung.

Die **Holzarbeiter** und **Metallarbeiter** in Düsseldorf stehen seit drei Wochen im Streik. Die 800 Streikenden haben so tapfer zusammengehalten, daß bis auf eine Firma von den jetzt mit Streik betroffenen sämtliche die Forderungen der Ausständigen bewilligt haben. Neunstündige Arbeitszeit und 15 Prozent Lohnerhöhung sind somit eingeführt. Den Zimmerleuten ist nichts bewilligt worden. Es befinden sich deshalb noch 200 im Ausstand. —

Der Streik der Leipziger **Feilenhauer** und **Schleifer** dauert fort. —

Der Ausstand der **Metallarbeiter** in der Metallwarenfabrik von Jung u. Dittmar in Salzgungen ist für die Arbeiter verloren gegangen. —

Zum Münchener **Fischerstreik** wird gemeldet, daß in der Versammlung der Unternehmer des Baugewerbes eine Beratung über die Generalsperre resultatlos verlaufen ist. —

Ausland.

Die Schaffung eines **internationalen Arbeitsamtes** brachte Herr Leclercq de Viart, ein Mitglied der katholischen Partei, in einer der letzten Sitzungen der belgischen Kammer zur Sprache. Herr de Viart hatte Teil genommen an dem internationalen Kongress für Arbeiterschutz in Zürich. Bei einer Rede über die Fortbildung des Arbeiterschutzes kam er auch auf die Einsetzung eines internationalen Arbeitsamtes zu sprechen und erinnerte hierbei an ein Projekt, welches der Regierungsrat Curti auf dem Züricher Kongress entwickelt hatte. Nach den Vorschlägen Curtis hatte das Bureau den Zweck, alle auf den Arbeiterschutz bezüglichen offiziellen Akte in mehreren Sprachen zu veröffentlichen, über die betreffenden Parlaments- und Kongressverhandlungen Bericht zu erstatten, die Arbeitsstatistik zu pflegen und allen Gesetzgebungs- und Verwaltungsbehörden, die sich mit dem Gegenstand befassen, die gewünschte Auskunft zu erteilen, sowie jährlich einen Bericht über den Fortgang der Arbeiterschutzbemühungen herauszugeben. Darauf hat der Arbeitsminister sich zu der Mitteilung veranlaßt gesehen, daß sein Ministerium, um die bezeichneten Anregungen zu verwirklichen, zur Veröffentlichung sämtlicher Dokumente schreiben werde, die sich auf die Arbeiterschutzesgesetzgebung in den verschiedenen Staaten beziehen, wobei er auf die Mitarbeit der belgischen und ausländischen Fachmänner hoffe zählen zu dürfen. Auch die parlamentarischen Arbeiten sollen in der Veröffentlichung ihre Berücksichtigung finden und ihr eine möglichst sorgfältige Bibliographie beigegeben werden. Alle Kosten der Herausgabe will das belgische Arbeitsministerium selbst tragen. Danach scheint es, als ob man in Belgien den Anfang machen wollte mit einer Einrichtung, die uns segensreich wirken könnte. —

Der Arbeitsmarkt im Monat April.

Der Arbeitsmarkt im April stand unter der Einwirkung bedrohlicher Veränderungen auf wirtschaftlichem und politischem Gebiete. Während schon die Kriegsbesürchtungen auf dem Arbeitsmarkte Arbeitslosigkeit, Herabsetzungen der Arbeitszeit, Lohnrückgang in sichere Aussicht stellten, äußerte sich beim Ausbruch des Krieges eine zweite Wirkung, die Erschwerung der Getreidezufuhr, in einer Verteuerung des Lebensunterhaltes. Die bedrohlichen Veränderungen in der Lage des Arbeitsmarktes drücken sich auch bereits in den Ziffern der Arbeitsnachweise aus, die wir den Berichten der Arbeitsnachweis-Verwaltungen an die Berliner Monatschrift Der Arbeitsmarkt entnehmen. Es bewarben sich danach um 100 ausgesetzene Stellen im April d. J. 113,6 gegen 106,8 im entsprechenden Monat des Vorjahres. Daß der kriegerische Druck, der sich auf das Wirtschaftsleben der Völker gelegt hat, in einem so frappanten Andrang der Arbeituchenden auf dem Arbeitsmarkte zum Ausdruck gelangte, ist ein Beweis dafür, daß die bisherige Statistik von Angebot und Nachfrage auf dem Arbeitsmarkte immerhin als Thermometer zur Messung größerer Temperaturschwankungen nicht unbrauchbar ist. Von 50 Arbeitsnachweisen liegen vergleichbare Daten vor. Von ihnen weisen im Vergleich zum April des vorigen Jahres 28 (+ 2 ausländische) eine Abnahme des

Andranges und 18 (+ 2 ausländische), darunter jedoch die maßgebendsten Nachweise, eine Zunahme auf.

Zu nam e: Rixdorf, Kiel, Quedlinburg, Oero, Osnabrück, Dortmund, Elberfeld, Düsseldorf, M. Gladbach, Frankfurt a. M., Darmstadt, Heidelberg, Lahr, Freiburg i. B., Schopfheim, Karlsruhe, Offenburg i. B., Konstanz, Pforzheim, Rastatt, Ludwigsburg, Eßlingen, Neutlingen, Schw. Hall, Heilbronn, Ulm, Fähr i. B., Augsburg. — (Wien, Winterthur.)

Zu nam e: Posen, Breslau, Frankfurt a. O., Berlin, Halle a. S., Erfurt, Münster, Essen, Köln, Kachen, Kreuznach, Weisbaden, Gießen, Straßburg i. E., Stuttgart, Göttingen, Nürnberg, München. — (Brünn, Bern.)

Die letzte Nummer des Arbeitsmarkt enthält auch in einer Beilage die Verhandlungen der konstituierenden Versammlung Deutscher Arbeitsnachweise. —

Uebermüdung und Betriebsunfälle.

Zu denjenigen Betrieben, die ganz besondere Gefahren für die Arbeiter bieten, gehören unter anderen die Sägemühlen, und gerade in diesen ist die Arbeitszeit unverhältnismäßig lang. Die zahlreichen Unglücksfälle, die sich alljährlich in den Sägemühlen ereignen, haben zu der Vermutung geführt, daß ganz besondere Umstände mitwirken müssen, durch die sich diese hohen Unfallzahlen erklären lassen. Thatsächlich erfordern die schweren und teilweise sehr gefährlichen Arbeiten in den Sägemühlen die volle, unausgesetzte Aufmerksamkeit der Arbeiter, wenn sie Unglücksfällen entgehen wollen. Die unausbleibliche Folge der überlangen Arbeitszeit ist aber die Ermüdung und damit auch die Erschlaffung der Aufmerksamkeit den Gefahren gegenüber. Die südwestdeutsche Holzberufsgenossenschaft weist in ihrem Bericht mit Recht darauf hin, daß die Unfallgefahr in den Mühlen mit der langen Arbeitszeit unverhältnismäßig gesteigert sei, und daß daher die Versicherungsbeiträge für die in solchen Mühlen beschäftigten Arbeiter wesentlich erhöht werden müßten. Das Verlangen der Sägemüller nach Herabsetzung der Arbeitszeit, die im sächsischen Erzgebirge und im bayerischen Wald durchschnittlich 16 Stunden beträgt, sei in jeder Weise zu unterstützen und anzuerkennen.

Es kommt nicht oft vor, daß eine Berufsgenossenschaft, also eine Korporation von Arbeitgebern die Forderungen der Arbeitnehmer auf Herabsetzung der Arbeitszeit als durchaus berechtigt anerkennt und sich für die Unterstützung solcher Forderungen ausspricht. Ob sich die südwestdeutsche Holzberufsgenossenschaft von sozialen Rücksichten oder von Rücksichten auf ihre Kassen leiten läßt, wenn sie für die Herabsetzung der unmenntlich langen Arbeitszeit in ihren Betrieben eintritt, bleibe dahingestellt. In sozialpolitischer Beziehung sind die Ausführungen ihres Berichts jedenfalls von eminenter Bedeutung. Wir werden uns ihrer erinnern, wenn wieder einmal die Verkürzung der Arbeitszeit auf dem durchaus gesetzlichen Wege des Ausstandes seitens der Arbeiter angestrebt werden sollte, und wenn wieder einmal die Autorität des Staates oder der Kommunen zur Bekämpfung der Ausständigen eingesetzt werden sollte, wie dies vielfach geschieht. —

Gerichtliche Urteile.

Landgericht Magdeburg.

Die Arbeiter Richard Meinecke, geb. 1875, und Franz Bodenburg, geb. 1881, zu Grünwalde, überfielen am 16. Januar d. J., abends, in der Nähe der Oberförsterei einen Häuslersohn aus Elbenau, der die Tanzmusik besuchte hatte und mit einem jungen Mädchen nach Hause ging. Sie schlugen derart mit Fäusten, daß er aus Mund und Nase blutete. Der Gerichtshof belegte die Angeklagten mit je 50 Mark Geldstrafe. —

Der Schiffer Friedrich Sauer zu Barby, geb. 1880, hatte von Kindheit an von einer Frau Unterstützungen empfangen. Im Herbst 1897 schlich er sich zur Nachtzeit, bewaffnet mit einem Messer und einer Schur, in ihr Haus und stahl 30 Mark. Im Dezember 1897 stieg er zweimal in dasselbe Grundstück ein und entwendete einmal 18 Mark und einmal 60 Mark. Bei einem vierten Diebstahl wurde er abgefaßt. Sauer erhielt ein Jahr 4 Monate Gefängnis. —

Die verheiratete Lucher, Luise geb. Zander, zu Burg, wurde wegen **fahrlässiger Brandstiftung** zu 15 Mark Geldstrafe verurteilt. —

Der Arbeiter Jakob Heisinger zu Burg, geboren 1880, versuchte im März d. J. sich von einem Gastwirt unter Vorpiegelung falscher Thatsachen eine Mark zu **erschwindeln**. Ferner fertigte er in zwei Fällen fälschlich zwei Bestellzettel mit der Unterschrift eines Ackerbürgers an und verschaffte sich darauf eine Peitsche und ein Portemonnaie. Am 30. März stahl er einer Frau aus der Kommode in ihrer Wohnung 17 Mark. Der Angeklagte war geständig und erhielt 4 Monate Gefängnis. —

Verschiedenes.

Ein katholischer Pfarrer vor Gericht.

Vor der Strafkammer des Landgerichts zu Mebe hätte sich der katholische Pfarrer aus N. bei G. zu verantworten, der angeklagt war, ein junges Dienstmädchen körperlich mißhandelt zu haben. Das Mädchen war zur Kommunion gegangen und der Angeklagte selbst hatte ihm die Hostie gereicht. Unmittelbar darauf wurde es, als es in der Bank saß und betete, von dem Angeklagten in die Sakristei gerufen. Dort zur Rede gestellt, warum es nicht regelmäßig zur Besper „kome, entschuldigte es sich damit, daß die Herrschaft keine Erlaubnis dazu gegeben habe. Der Angeklagte bezweckte dies als Ausrede und verfecht dem Mädchen einen heftigen Schlag ins Gesicht, so daß es in Thränen ausbrach. Der Angeklagte führte dies an, daß es von dem Gericht

